

Nr. **XIX. GP-NR**
1427 **13**
1995-06-22

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Mag. Terezija Stojsits, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend besorgnisrerende Schwachstellen in der österreichischen Staatspolizei bei der Bekämpfung rechtsextremen Terrors

Die unterzeichneten Abgeordneten sind, wie wohl weite Teile der österreichischen Öffentlichkeit, über die im Zuge der Bekämpfung des rechtsextremen Terrors sichtbar gewordenen Schwachstellen und Unzulänglichkeiten in der österreichischen Staatspolizei beunruhigt, die sowohl zum Schutz der bedrohten und tatsächlichen Opfer unfähig oder unwillens war, als auch in der Fahndung nach den Tätern bislang keine Erfolge aufzuweisen hat. Die latente Bedrohung von Minderheiten sowie Künstlern, Politikern, Wissenschaftlern und anderen Österreicherinnen und Österreichern, die sich für AusländerInnen einsetzen, erfüllt uns mit tiefer Sorge und veranlaßt

die unterfertigten Abgeordneten zu folgender

ANFRAGE:

1. Teilen Sie unsere Auffassung, daß eine ordnungsgemäß reagierende Polizei die im Bekennerschreiben enthaltenen Bedrohungen ernst nehmen und die bedrohten Personen unverzüglich warnen hätte müssen?
 Wäre in diesem Fall der Anschlag auf die Pro 7- Moderatorin Arabella Kiesbauer bzw. deren Mitarbeiterin verhindert worden?
2. Stellt die vermutlich aus Fahrlässigkeit unterbliebene Warnung von Frau Kiesbauer ein strafrechtliches oder disziplinarrechtliches Delikt dar, das untersucht wird?
3. Teilen Sie die Auffassung der zuständigen Beamten, daß aus diesen Bekennerschreiben eine Bedrohung nicht abzulesen war?
 Haben die zuständigen Beamten den letzten Satz des Bekennerschreibens, der eine unverhüllte Morddrohung beinhaltet, gelesen?
4. Warum erfolgte die Warnung des bedrohten Personenkreises auch nach der Detonation der ersten Bombe am Freitag erst Stunden und Tage später?

5. Nachdem Sie angeordnet haben, daß solche Warnungen in Zukunft ernst zu nehmen seien und eine unverzügliche Warnung zu erfolgen hat, wurde der im Bekennerschreiben zu den Briefbomben genannte Rektor der Universität Graz Universitätsprofessor Dr. Helmut Konrad noch immer nicht gewarnt; er erhielt eine diesbezügliche Information lediglich von privater Seite. Wie beurteilen Sie diese Mißachtung einer ministeriellen Weisung und welche Konsequenzen oder Maßnahmen haben Sie diesbezüglich gesetzt?
6. Ist die Aussage des Profil-Herausgebers Hubertus Czernin im Editorial des profil vom 19.6.1995 richtig, daß der Leiter der Gruppe Staatspolizei im Bundesministerium für Inneres Hofrat Mag. Hein Jürgen Mastalier am Freitag Vormittag, trotz Kenntnis des Bekennerschreibens der Bajuwarischen Befreiungsmacht, nach Hause gefahren ist und nach Bekanntwerden der ersten Briefbombe aus dem Zug geholt werden mußte? Wieso kann der Leiter der Österreichischen Staatspolizei nach Vorliegen einer Analyse und allfällige Maßnahmen erfordernden Bekennerschreibens einer gefährlichen terroristischen Gruppe an einem Wochentag Vormittag seinen Dienst beenden und finden Sie diese Vorgangsweise korrekt?
7. Genießt Hofrat Mag. Mastalier Ihr ministerielles Vertrauen?
Gedenken Sie, gegen Hofrat Mastalier disziplinarrechtliche Maßnahmen zu setzen?
8. Laut Salzburger Nachrichten vom 23.5.1995 hat ein Angeklagter in einem Verfahren wegen Neutralitätsgefährdung vor dem Landesgericht Klagenfurt (Waffenschiebungen nach Kroatien) ausgesagt, daß die "Empfehlung" die Waffenlieferung über Ungarn vorzunehmen, von dem damaligen Kärntner Stapochef Hein Jürgen Mastalier gekommen wäre.
Ist Ihnen diese Aussage bekannt bzw. zur Kenntnis gebracht worden?
9. Wird diese Aussage, die im Falle des Zutreffens den Verdacht strafrechtlicher Verstöße beinhaltet, einer Untersuchung unterzogen und sind Sie der Meinung, daß Empfehlungen über den Waffenschmuggel nach Kroatien zu dem Aufgabenbereich eines österreichischen Staatspolizisten gehören?
10. Schon bei seiner Bestellung, aber auch angesichts der immer stärker werdenden Kritik an seiner Person hat Hofrat Mag. Mastalier erklärt, daß er die Funktion des Staatspolizeichefs im Innenministerium nur interimsmäßig ausüben und nach Kärnten zurückkehren möchte.
Halten Sie eine solche Einstellung im Hinblick auf die Bedeutung dieses Amtes für nützlich und beabsichtigen Sie, in absehbarer Zeit diesen offenkundig sehr unbefriedigenden Interimszustand zu beenden?
11. Es langen laufend ernstzunehmende Hinweise aus der Bevölkerung zur Ausforschung der Briefbombenattentäter ein.
Wird diesen Hinweisen tatsächlich nachgegangen?
Wenn nein, warum nicht?

12. In verschiedenen Medien wurde in den letzten Tagen mehrfach berichtet, daß der Verdacht undichter Stellen im Sicherheitsapparat besteht und daß Ermittlungen auch in dieser Richtung geführt werden. Namentlich wurde der frühere Leiter der Staatspolizei im Innenministerium Dr. Oswald Kessler genannt, der angeblich der Zeitschrift "News" unzulässigerweise Informationen zukommen habe lassen.
Können Sie eine solche Möglichkeit ausschließen und werden tatsächlich diesbezügliche Ermittlungen geführt?
13. Ist Ihnen bekannt, daß nach der ersten Briefbombenserie Verdächtige jeweils vor geplanten Hausdurchsuchungen gewarnt worden sein sollen?
a) Wurde diesem Verdacht nachgegangen?
b) Wird so etwas in Zukunft vermieden werden können?
14. In der letzten Ausgabe der Zeitschrift Forum vom 9. Juni 1995 wird auf S. 63 f. über eine Veranstaltung im kleinen Kreis von bekannten österreichischen Rechtsextremisten in der Villa von Dr. Otto Roßkopf in Perchtoldsdorf, Kunigundenbergstr. 9, berichtet, wo sich auch der Sitz der berüchtigten Kameradschaft Walter Nowotny befindet. Bekanntlich ist der wegen des ersten Briefbomberanschlags und NS-Wiederbetätigung in Untersuchungshaft befindliche Ing. Peter Binder Vorstandsmitglied dieser Kameradschaft Walter Nowotny gewesen. Unter den Teilnehmern befanden sich neben Hofrat Dr. Otto Roßkopf weitere seit Jahren und Jahrzehnten bekannte Exponenten des österreichischen Rechtsextremismus wie Konrad Windisch, Rechtsanwalt Dr. Herbert Schaller, Dr. Otto Scrinzi, Horst Jakob Rosenkranz, Andreas Thierry u.a. Bei dieser exquisiten Rechtsextremisten-Veranstaltung hat Dr. Heinz Neworal, Mitarbeiter des Innenministeriums mit Zuständigkeit für fremdenpolizeiliche Angelegenheiten, zum Thema "Sicherheitsperspektiven für Europa und die Auswirkungen des organisierten Verbrechens" referiert.
Wie beurteilen Sie diese Kooperation eines leitenden Mitarbeiters des Innenministeriums mit der Creme des österreichischen Rechtsextremismus?
a) Hat Dr. Heinz Neworal eine Genehmigung seiner vorgesetzten Dienststelle für diesen Vortrag gehabt, bzw. hat er überhaupt um eine solche Genehmigung ersucht, bzw. diese Vortragstätigkeit gemeldet?
b) Was gedenken Sie, in dieser Angelegenheit zu tun, bzw. haben Sie bereits veranlaßt?
c) Glauben Sie, daß eine solche Tätigkeit das Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutive stärkt?
15. Der Fall des niederösterreichischen Gendarmeriebeamten Bernhard Blochberger, der 1984 als Spitzenfunktionär der neonazistischen NDP aufschien, 1988 für die von Rechtsextremen und Neonazis unterstützte ausländerfeindliche "Bürgerinitiative Ein Herz für Inländer" kandidierte, 1993 und 1995 als F-Kandidat auftrat und inzwischen in die Netzleitstelle Ost des Innenministeriums aufrückte, war bereits einmal Gegenstand einer Parlamentarischen Anfrage. Daran knüpfen wir die Frage:
Sind Funktionäre neonazistischer Organisationen für die Exekutive tragbar und sind noch mehr Polizei- oder Gendarmeriebeamte mit neonazistischem Hintergrund in leitenden Dienststellen tätig?
Meinen Sie, daß Beamte mit einer solchen politischen Einstellung geeignet sind, effiziente Arbeit bei der Bekämpfung des Neonazismus zu leisten?

16. Wird der Personenkreis höherer Polizeibeamter, insbesondere Akademiker, mit ausländerfeindlicher Orientierung ins Visier der Terrorfahndung genommen und werden Sie die Rasterfahndung auch auf die Exekutive erstrecken?
17. Es bestehen in der Steiermark und Kärnten einige völkisch und rassistisch ausgerichtete rechtsextreme Organisationen, die unter anderem auch Vortragsveranstaltungen und Seminare durchführen.
Werden deren Mitglieder und Sympathisanten sowie Gäste im Zusammenhang mit den Briefbombenattentaten staatspolizeilich überprüft?
18. Die Mißstände im Bereich der österreichischen Staatspolizei, die gewiß auch Ihnen nicht verborgen geblieben sind, erfordern unseres Erachtens grundlegende Reformen, im Hinblick auf die politische und qualitative Unzulänglichkeit scheint ein vollständiger Neuaufbau notwendig; denn nur so kann das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stapo wiederhergestellt werden. Der schon in der Vergangenheit praktizierte Austausch von Spitzenbeamten ist dazu nicht ausreichend.
Welche Maßnahmen struktureller und organisatorischer Art werden von Ihnen in dieser Richtung gesetzt und wie werden Sie gewährleisten, daß in diesem für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung so wichtigen Bereich nicht politisch unverlässliche, ausländerfeindliche oder extremistische Kräfte tätig werden?